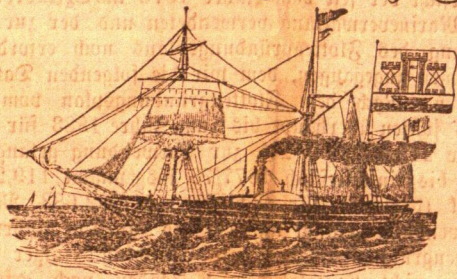


Wiemeler Dampfboot.

„Wiemeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt,
sind **spätestens** bis Nachmittags 2 Uhr
einzuliefern
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 68.

Wiemel, Freitag, den 21. März.

1879.

Die augenblickliche Lage im Orient.

Man erinnere sich, durch welche Manipulationen es den Russischen Diplomaten gelang, die Separatfriedensverhandlungen mit der Türkei zu einer endlosen Kette von Willkürlichkeiten auszudehnen, und man halte fest, daß das heute bestehende Separatabkommen nichts weiter ist, als ein schlaues berechnetes Zugeständnis an die Traktatmächte. In Wahrheit sind die Verhandlungen mit der Türkei zu keinem beruhigenden Abschluß gelangt. Die Kriegskostenentschädigungsfrage ist nur scheinbar durch den Separatfrieden begraben, denn fast unmittelbar nach dem Abschluß der Verhandlungen versuchte Rußland diese Frage, welche es durch den Vertrag selbst nicht lösen konnte, von Neuem aufzutun, indem es unter dem Gläubigern der insolventen Türkei die Priorität beanspruchte. Es ist dieser Umstand allerdings nicht von direkter eingreifender Bedeutung beziehentlich des Berliner Vertrages, obwohl selbst in dem fast unmöglichen Falle russischer Vertragstreue dieser Punkt allein die Grundlage eines neuen Rencontre Rußlands mit England und damit der Europäischen Mächte bilden könnte. So lange England außer Oesterreich-Ungarn nicht nur das größte Interesse an der strikten Durchführung des Berliner Vertrages hat, und die leitenden Staatsmänner Englands geradezu ihre Ehre dafür eingesezt haben, sondern so lange es sich auch berufen fühlt, das Protektorat über die Türkei zu beanspruchen, so lange erscheint es als ganz sicher, daß England sich gegenüber der Russischen Politik in der Weltentmachtung der Geldansprüche an die Türkei nicht ganz gleichgültig verhalten kann.

Ist also hiermit schon genug Anhalt gegeben, um an die friedliche Entwicklung der Dinge im Orient nicht zu glauben, so ist die Russische Politik gegenüber dem Berliner Traktat selbst in noch weit höherem Grade bedenklich. In welcher Weise sich Rußland die Durchführung des Vertrages ausmaßt, wurde neben anderen, unter dem Dunkel diplomatischer Künste schwerer erkennbaren Umständen, so recht grell durch die Arab-Tabia-Frage illustriert. Der Graf Andraffy hat allerdings in einer Sitzung der Ungarischen Delegation die Erklärung abgegeben, daß diese Frage definitiv erledigt sei. Aber noch ist es ungewiß, in welchem Sinne und zu wessen Gunsten die Erledigung erfolgt ist. Es ist entschieden anzunehmen, daß die Signatarmächte ihrerseits sich nicht in Widerspruch gestellt haben werden mit den Entscheidungen der Grenzkommission, welche das Fort Arab-Tabia Rumänien zuerkannte. Bevor Rumänien indeß für sich den Schutz der Großmächte gegen Russische Vergewaltigung in Anspruch nimmt, wäre es nötig, daß es sich selbst auf den Boden des Vertrages stelle. Die politische Gleichstellung der Confessionen in Rumänien war eine Forderung, welche Fürst Bismarck mit in die Vertragsbestimmungen hineinzog, und diese Forderung hat an sich gleiche Kraft zu beanspruchen als alle übrigen des Vertrages.

Die augenblickliche Stellung Englands ist äußerlich eine solche, daß es den Anschein gewinnt, als ob es von Rußland diejenigen Garantien gegeben sähe, welche das Englische Gewissen zu beruhigen im Stande sind. Die Stationierung der Englischen Flotte im Marmorameer vor den Thoren Konstantinopels war der energische Ausdruck des Willens Englands, daß er seine schützende Hand über die Türkei zu halten gedenke. Als der Russisch-Türkische Separatfrieden abgeschlossen war, behielt Admiral Hornby trotzdem seine Konstantinopel beherrschende Stellung bei. Die früheren Verhandlungen zwischen den Cabineten von Petersburg und London haben zur Genüge bewiesen, daß England die Rückkehr des Mittelmeergeschwaders in die Bosphora-Bai allein davon abhängig gemacht hat, daß Rußland seine Konstantinopel bedrohende militärische Position aufgibt. Es gewinnt indeß den Anschein, als ob die Rückmung Südrumeliens nicht mit der Promptheit ins Werk gesetzt wird, als es Lord Lubanoff der Türkei beim Abschluß des Separatfriedens unbedingt zugesichert hat.

Um so überraschender kam die Nachricht, daß Admiral Hornby Befehl erhalten habe, sein Geschwader nach der Bosphora-Bai zurückzuführen. Gleichzeitig sprach man viel von der Reise des Russischen Botschafters in London, Grafen Schwaloff, nach Petersburg und von seinem

Besuch beim „ehelichen Makler“. Es vergingen allerdings einige Tage, bevor die Nachricht des faktischen Rückzugs der Englischen Flotte aus dem Marmorameer eintraf, und die Erklärung dieser Bögerung durch Rücksichten der Courtoisie gegen den Sultan war etwas sehr gesucht. Eine Nachricht aus Konstantinopel läßt jedoch kaum noch bezweifeln, das augenblicklich am Goldenen Horn nicht mehr die Englischen Fahnen wehen. Man muß aber festhalten, daß das Englische Mittelmeergeschwader ebenso schnell und unerwartet seinen alten Stationsplatz im Marmorameer wieder aufsuchen kann, wie es ihn verlassen hat. Die Reise des Grafen Schwaloff nach Petersburg bezweckt unzweifelhaft den Versuch der Herbeiführung versöhnlicher Stimmung, und man mag immerhin in dem Abzug der Englischen Flotte eine Absicht Englands erkennen, auch seinerseits Rußland eine loyale Haltung zu ermöglichen. Es kann demgemäß kaum überraschen, wenn jetzt von offizieller Russischer Seite betont wird, daß die Beziehungen des Russischen und Englischen Cabinets sehr beruhigend seien. Wie viel auf solche Versicherungen gerade jetzt zu geben ist, mag durch die offenbar demonstrativ hervortretenden Freundschafts treiben, illustriert werden. Die Acquisition Englischer Unterstützung an Stelle Deutscher ist jedoch ebenso undankbar als sie für Rußland wünschenswert erscheinen mag.

Wollte man wirklich in dem Abzug des Admiral Hornby die prompte Räumung Süd-Rumeliens von Russischen Truppen erblicken, so blieben noch viele andere Fragen offen. Die Russische Forderung auf Ausschließung Türkischer Militärhoheit über die Balkanpässe ist Engländerseits durchaus nicht annehmbar, und selbst die geringste Modifikation der Vertragsbestimmungen in dieser Hinsicht wird kaum die Billigung Englands finden. Zudem steht die amtliche Publikation des Schriftwechsels, der seit dem 26. Januar d. J. zwischen London und Petersburg stattgefunden hat, noch aus und damit die Erklärung der Englischen Botschafter in Petersburg dahin, daß er mit allem Nachdruck von Rußland die strengste Beobachtung sämtlicher Vertragsbestimmungen zu fordern habe, kennzeichnet Englands Haltung ebenfalls zur Genüge. Klingt es schon in hohem Grade verdächtig, wenn eine Russische Correspondenz von Englands Nachgiebigkeit beziehentlich der Balkanpässe spricht, so ist die Vermuthung noch lächerlicher, England werde auch dagegen nichts haben, daß Rußland ganz entgegen dem Berliner Vertrage eine Vereinigung des neuen Ungarischen Staates mit Ost-Rumelien anstrebt. Nimmt man hierzu noch die ungelöste Kriegskostenfrage und das Interesse, welches Lord Salisbury bei der Tocquevilleschen Anleihe bewiesen hat, so ist es ungewiß, daß Englands Stellung die selbe ist, wie vordem und daß Rußland trotz alledem den Berliner Vertrag zu ungehen sucht, sei es auch unter Aufgabe der Freundschaft des „ehelichen Maklers“.

Politische Uebersicht.

Wiemel, den 20. März.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag zum ersten Male mit der Angehörigen-Angelegenheit. Die mehrstündige Sitzung wurde mit der Generaldebatte ausgefüllt, welche eine allgemeine Uebereinstimmung dahin ergab, daß eine Verfassungsänderung und ein gesetzgeberisches Vorgehen überhaupt nicht erforderlich sei. Mehrere Commissionsmitglieder waren der Ansicht, daß gerade neueste Vorkommnisse den Beweis geliefert hätten, daß eine Aenderung der bestehenden Geschäftsordnung ganz und gar nicht nöthig sei. Die Mehrheit der Kommission zeigte sich jedoch bereit, dem Reichspräsidenten die Befugniß zu erteilen, einem Redner bei besonders gröblicher Ueberschreitung der parlamentarischen Grenzen ohne vorherige Verwarnung und ohne Rückfrage an das Plenum das Wort zu erteilen. Ueber die mittlerweile zu formulierenden Anträge wird die Kommission in kommender Weise sich schlüssig machen.

In Oesterreich-Ungarn sind alle Parteikämpfe verstummt, anläßlich des gemeinsamen Unglücks. Es giebt

dort jetzt nur eine Partei und ihr Programm heißt: „Hilfe für die Verunglückten von Szegedin.“ An die Spitze dieser Partei hat sich der Kaiser gestellt. Franz Joseph selbst ist nach Szegedin geeilt, um die Rettungs- und Hilfsarbeiten zu leiten. Die Kaiserin von Oesterreich verläßt nicht minder eilends Irland, wo sie sich zu ihrem Vergnügen aufgehalten, verläßt die Fischjagd im Irischen Hochland, um sich daheim in Ungarn den Opfern der Ueberschwemmung zu widmen.

Zur neuesten Mission des Grafen Schwaloff, so wie zu seine Besprechung mit Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck knüpft man die Hoffnung, daß er in Petersburg seinen Einfluß geltend machen werde, um Rußland festzuhalten an der Politik der ehelichen Ausführung des Berliner Congresses. Schwaloff war es, der die Zugeständnisse Rußlands vermittelte, die heimlich zu untergraben Fürst Donbutoff bemüht gewesen ist. Die Klagen Englands in der Note Salisbury's vom 26. Januar waren sehr berechtigt. Man konnte aus ihr beinahe einen neuen Conflict zwischen Rußland und England herauslesen. Inzwischen hat Rußland einigermaßen eingelenkt, seine Truppen sind auf dem Rückmarsch begriffen und in Folge dessen hat auch die Englische Regierung Befehl gegeben, daß ihre Flotte aus dem Marmorameer in die Bosphora-Bai zurückkehre. So hat sich die Spannung gemildert und Lord Dufferin hat den Auftrag erhalten, in Petersburg dem Russischen Kaiser die Befriedigung der Englischen Regierung über die Wendung der Dinge auszudrücken und dabei die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, daß Rußland auch die übrigen Bestimmungen des Berliner Friedens ausführen und seine Truppen bis zum 3. Mai ganz aus der Türkei zurückziehen werde.

Die Ablehnung des Antrages auf Verfolgung des Mai-Cabinetts hat die in Frankreich herrschende Spannung der Gemüther nicht beseitigt. Auch in den Pariser Journalen herrscht noch dieselbe Confusion, welche vor der Abstimmung über die Prozeßfrage bemerkbar war. So wie es beinahe unmöglich ist, bei der Prüfung der beiden parlamentarischen Voten sich in dem Gewirre der Abstimmungen zurechtzufinden, so lassen sich auch die Urtheile der Journale nicht mit Genauigkeit je nach dem Parteistandpunkte gruppieren. Es geht nur als gemeinsamer Zug durch alle Blätter, daß sie in mehr oder weniger bestimmter Form alleinstimmig die Ueberzeugung aussprechen, die Stellung der Regierung sei durch die letzten Abstimmungen keineswegs befestigt worden. Selbst das dem Cabinet sehr nahestehende XIX. Siècle findet, daß zwei Gefahren vorhanden sind: der Mangel an Autorität bei der Regierung und die Abwesenheit eines leitenden Einflusses in der Kammer. Die große Frage sei, wie lange das Ministerium Waddington noch dauere und durch welches lebensfähige Cabinet es ersetzt werden könne. Das genannte Blatt meint weiter, zum mindesten müsse das Cabinet einen andern Conseils-Präsidenten, welcher demselben größere Kraft zu geben vermag, und die Majorität der Kammer einen Führer und eine Disciplin erhalten. Die République Française erklärt, daß die Mehrheit ihr wohlberechtigtes Verlangen nach Vergeltung nicht dem Ministerium, sondern der Republik und dem Lande geopfert habe; an den Ministern sei es nun, zu beweisen, daß dieses schwere Opfer nicht vergebens gewesen sei. Das Cabinet müsse handeln, um seinen Einfluß wieder zu gewinnen.

In Konstantinopel erhält sich mit großer Hartnäckigkeit das Gerücht, daß Frankreich den Verkauf der Insel Kreta an Griechenland bei der Pforte vermitteln und dabei für sich den Erwerb einer Schiffstation auf Kreta als Maklerlohn beanspruche. Noch gestern erklärte der Konstantinopeler Korrespondent, daß die Pforte schlechweg als Unsinn, heute deutet er es als Ausfluß einer Intrigue, welche darauf berechnet wäre, Khairuddin Pascha zu stürzen. Der Fremdling aus Tunis hat ohnedies Sorgen genug; kürzlich erst richtete er an Herrn v. Tocqueville die Mittheilung, daß, wenn die am 14. d. M. fällig gewesene erste Rate, des der Pforte zu leistenden Vorschusses im Betrage von 50 Millionen Francs nicht innerhalb vier Tagen gezahlt werden sollte,

die Tocqueville'sche Convention null und nichtig sein würde, selbst wenn Britische und Französische Zollcommissäre ernannt werden sollten. Feinde ringsum und kein Geld — fürwahr, der arme Khairuddin ist beinahe zu bemitleiden.

Die **Bulgarische National-Versammlung** lenkt in ein sichtlich ruhigeres Fahrwasser ein. Die Differenz bezüglich der Zulassung des Russischen Consuls in Sofia, Herrn Davidov, in die internationale Controls-Com-mission für Bulgarien ist geschlichtet worden. Davidov unterschrieb das Protokoll der Sitzungen der National-Versammlung und die Commissäre von England und Italien ließen dies geschehen. Die Commissäre von Oesterreich und der Türkei, die sich seiner Zulassung widersetzt hatten, gaben schließlich nach.

Zur **Englisch-Birmanischen Verwicklung** wird den „Daily News“ unterm 16. d. aus Rangun gemeldet: „Theebau, der König von Birma, ist in Folge Trunkes und aus Furcht wahnwichtig. Es wird für wahrscheinlich erachtet, daß eine Gesandtschaft und ein Ultimatum an ihn gesendet werden. Es herrschen große Befürchtungen. Das 54. und 19. Regiment eingeborener Truppen sind angekommen. Das 43. und zwei andere Regimenter werden morgen eintreffen und nächste Woche an der Grenze aufgestellt werden. Es werden Unruhen in Rangun befürchtet; man wünscht eine Annexion.“

Deutsches Reich.

— **Berlin**, 19. März. [Der Reichstag] setzte heute in der 22. Plenarsitzung die zweite Verathung des Etats fort. Bei Titel 2 des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern (Rübenzuckersteuer) wünscht Abg. Richter (Hagen) eine Aenderung des Veranlagungsmodus. Man nehme immer noch an, daß 12 1/2 Ctr. Rüben zur Herstellung eines Centners Zucker genüge, während die vorgeschrittene Technik nur 11 1/2 Ctr. brauche; dadurch werde die Reichskasse zu Gunsten einiger Fabrikanten geschädigt. Commissar Huber führt dagegen aus, daß die Zahl 12 1/2 als Durchschnittsziffer immer noch genüge und Abg. Dr. Lucius bittet den Abg. Richter, sich mit statistischem Material zu versorgen, wenn er die Regierung angreifen wolle; diese Art von Etatsberathung müsse aufhören. In der weiteren Diskussion erklärt sich noch Abg. Dehshäuser für Beibehaltung der gegenwärtigen Besteuerungsart, worauf Titel 2 genehmigt wird. Bei Titel 3 (Salzsteuer) fragt Abg. Richter (Hagen), ob die Regierung nicht bald die „irrationelle“ Salzsteuer aufheben wolle. Minister Hofmann erklärt, die Regierung würde diese Frage nach Regelung der anderen Steuerprojekte in Erwägung ziehen, worauf Herr Vasker betont, er hätte eine ernstere und positivere Antwort erwartet. Nach kurzer Replik des Ministers wird Titel 3 genehmigt, ebenso Titel 4 (Tabaksteuer). Bei Titel 5 (Branntweinsteuer) klagt Abg. Schneegans über Wirkung und Handhabung des Branntweinsteuergesetzes in den Reichslanden; Unterstaatssekretär Herzog betont dem gegenüber die gute Wirkung jenes Gesetzes; speziellen Beschwerden werde man abhelfend entgegenzutreten. Titel 5 und Titel 6 (Brausteuer) werden angenommen. Bei Titel 7—9 (Aberja für die außerhalb der Zollgrenze liegenden Gebiets-theile des Reichs) fragt Abg. Dr. Gareis, ob die Regierung eine Erhöhung der Aberja beabsichtige. Director Michaelis kann keine positive Auskunft erteilen. Abg. Dr. Delbrück führt aus, daß man den „Schutz der nationalen Flagge“ nicht durch Beschränkung des Verkehrs erstreben dürfe. Der Rheideverkehr werde durch eine Erhöhung der Aberja wesentlich geschädigt. Minister Hofmann bemerkt, daß das System der Gegenseitigkeit zwischen den Nationen zum Schaden Deutschlands mehrfach durchbrochen sei; daß da, wo dies geschehen, wohl eine Aenderung eintreten könne, ohne der Rheide-schaden zu bringen. Abg. Meier (Schaumburg-Lippe) betont die Nothwendigkeit des freien Verkehrs und weist auf Frankreich hin, das durch sein „droit de pavillon“ seine Rheide zerstört habe. Nach längerer theilweise abschweifender Debatte wird Titel 7—9 genehmigt. Das Haus genehmigt darauf den Etat der Marineverwaltung nebst sämtlichen, von der Budgetkommission vorgeschlagenen Abstrichen, den Etat der Spielarten- und Wechselstempelsteuer, der Eisenbahnverwaltung und des Münzwesens nach kurzen Debatten. Morgen 12 Uhr: Etat, Wahlprüfungen.

Der Deutsche Fischerei-Verein hält seine nächste all-gemeine Versammlung am Montag, den 31. d. Mts., Abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Neuen Rathhauses ab und hat hiezu auch die Mitglieder des Reichstages eingeladen. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung stehen zunächst geschäftliche Mittheilungen. Dann wird der Vorsitzende dieses Vereins, Abg. v. Behr-Schmolldow einen Rückblick auf die Vereinswirksamkeit während des verflossenen Jahres geben, an dem sich ein Vortrag über „Feinde der Fische“ von Dr. Freiberger v. Valette St. George, Professor an der Universität Bonn und ein Vortrag über „Volkswirtschaft und Fischerei“ des Privatdozenten an der Universität Königsberg, Dr. G. Seidlitz schließen werden. Die Neuwahl des Vorstandes wird den Schluß der Verhandlungen bilden.

Die „Prov.-Corresp.“ bespricht die neuesten Vorgänge in den inneren Angelegenheiten Frankreichs und kommt hierbei zu folgendem Schluß: „Die inneren Verhältnisse Frankreichs haben in dem Verlaufe der letzten beiden Monate insofern eine wesentliche Veränderung erfahren, als die leitende und entscheidende Kraft in der republikanischen Mehrheit nicht mehr innerhalb der gemäßigten Parteien, namentlich des linken Centrums, sondern im Kreise der alten demokratischen Republikaner

liegt und sich da mit größerer Entschiedenheit geltend macht. Unter den obwaltenden parlamentarischen Verhältnissen ist es höchst fraglich, ob es dem Minister Waddington gelingen wird, wieder festen Boden zu gewinnen, so großen Werth der Präsident der Republik unzweifelhaft auf seine Erhaltung im Amte legt, auch um des Vertrauens willen, welches Waddington in Bezug auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in ganz Europa genießt.“

— **Berlin**, 19. März. Dem Reichstage ist eine Uebersicht der seit dem Jahre 1873 im Extraordinarium der Marineverwaltung verwendeten und der zur Durchführung des Flottengründungsplans noch erforderlichen Summen zugegangen, dem wir die folgenden Daten entnehmen. Nach dem Flottengründungsplan vom Jahre 1873 sollten überhaupt bis zum Jahre 1883 für Marine zwecke 218,437,500 Mk. zur Verwendung gelangen. Es sind bis einschließlich 1877/78 insgesammt 119,258,024 Mk. (darunter für Schiffbau 51,682,683 Mk.) zur Verwendung gelangt und es sind zur Durchführung des Flottengründungsplanes mit Einschluß einiger in demselben nicht vorgesehenen Ausgaben noch erforderlich 116,190,624,69 Mk., so daß gegen den Gründungsplan mehr erforderlich werden 17,014,148,98 Mk. — Aus der, der Uebersicht beigegebenen Nachweisung über den Neubau von Schiffen geht hervor, daß am 1. April 1879 sich noch im Bau befinden werden: 3 Panzerkorvetten, 4 Panzerkanonenboote, 2 Korvetten, 3 Avisos und 1 Artillerieschiff, und außerdem würden zur vollständigen Durchführung des Planes noch zu er-bauen sein: 1 Panzerkorvette, 4 Panzerkanonenboote und 2 Korvetten. Nach dem Flottengründungsplan war ferner der Bau von 5 Monitors, 2 schwimmenden gepanzerten Batterien und von 20 Torpedofahrzeugen in Aussicht genommen. Die Marineverwaltung hat jedoch von dem Bau der Monitors, die hauptsächlich zur Vertheidigung der Fahde-, Weser- und Elbemündungen dienen sollten, wegen der für dieselben erforderlichen Größe und der dadurch bedingten Kostspieligkeit, namentlich aber mit Rücksicht auf die inzwischen stattgehabten Entwicklungen des Torpedowesens, speziell der Angriffstorpedos, Abstand genommen und an Stelle derselben den Bau kleinerer, mit einem sehr schweren Geschütz bewaffneter, stark gepanzelter Fahrzeuge von großer Beweglichkeit, in Aussicht genommen. Diese letzteren Fahrzeuge sollen namentlich befähigt sein, im Verein mit Torpedos Küstenstreifen und Flußmündungen wirksam zu vertheidigen, kleine Expeditionen in der Nähe der heimathlichen Hafensplätze und Gewässer auszuführen und bei überlegenen feindlichen Angriffen auf niedrige Wassertiefen zurückzugehen, wohin feindliche Schiffe mit größerem Tiefgange nicht mehr folgen können. Außerdem bieten sie gegen die Monitors noch den Vortheil dar, daß die Kampfmittel mehr vertheilt werden können und der Verlust eines solchen Fahrzeuges sehr viel weniger ins Gewicht fällt, als das eines Monitors. Die Herstellungskosten von 13 Panzerkanonenbooten sollen, abgesehen von der Armirung, die Grenzen der für 5 Monitors ausgeworfenen Geldmittel nicht überschreiten. — Ebenso ist von dem Bau der beiden schwimmenden Batterien mit Rücksicht auf die in-zwischen gewonnenen Erfahrungen über die Wirksamkeit der Angriffstorpedos Abstand genommen worden. Auch die Zweckmäßigkeit des Baues selbstständiger Kriegs-fahrzeuge ist in Folge der Entwicklung des Torpedowesens in Frage gestellt. Gegenwärtig sind Versuche darüber im Gange, ob es militärisch und ökonomisch nicht richtiger sei, die Verwendung der Fischtorpedos direkt auf die vorhandenen Kriegsschiffstypen zu übertragen, bezw. die Kriegsschiffe mit irgend für diesen Zweck konstruirten Torpedobooten auszurüsten. — Die gesammten für den Schiffbau einschließlich der Torpedo-armirung aufzuwendenden Mittel werden sich auf 110,952,000 Mk. stellen.

Frankreich.

kl. **Paris**, 17. März. Der Protest gegen die Brandmarkung, welche von der Majorität der Deputirten-kammer über das Cabinet vom 16. Mai verhängt worden, hilft den Mitgliedern dieses Cabinets in der öffentlichen Meinung herzlich wenig. Es mag richtig sein, daß die Kompetenz der Kammer zu einem solchen indirekten Urtheilspruch fraglich ist, damit ist aber an der That-sache nichts geändert, daß dieser indirecte Urtheilspruch nur ein Ausdruck der öffentlichen Meinung ist. Dieser Ausdruck mag formell ungerechtfertigt sein, — eine Wahr-heit enthält er darum doch. Wenn die Herren Broglie, Fourtou und Genossen höhnisch darauf hinweisen zu dürfen glauben, daß von 500 Mitgliedern nur 217 zu dem brand-markenden Votum sich vereinigt haben, so vergessen sie ganz, daß die äußerste Linke diesem Votum nur deshalb nicht beitrug, weil es zu gelinde war. — Herr Waddington ist des Präsidiums müde. Ihm fehlt zur Ausfüllung dieses Amtes die in Frankreich unerläßliche Redegewandtheit. Am liebsten würde er wohl das Conseilpräsidium niederlegen und sich mit dem Ressort des Auswärtigen begnügen. Auch in den maßgebenden Kreisen würde man es gern sehen, wenn er an der Spitze der auswärtigen Geschäfte bliebe, die er mit Geschick und Würde zu leiten verstand. Andererseits spricht man davon, daß Gambetta die Ministerpräsidentenschaft übernehmen soll. Es fragt sich jedoch, ob Gambetta geneigt ist, seine jetzt neutrale Stellung aufzugeben, um sich der Gefahr der Ab-nutzung auszusetzen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 19. März. Heute fand eine Sitzung des Verwaltungsraths der Disconto-Gesellschaft statt, in welcher

über die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde. Der Gewinn beträgt ca. Mk. 8,090,000, wovon ca. Mk. 685,000 für Verwaltungskosten abgehen, und Mk. 2,400,000 für die auf die Commandit-Theile be-zahlte Abschlagsdividende von 4pCt. in Anrech-nung kommen. Aus dem Restgewinn soll den Komman-ditären eine Superdividende von 2 1/2 pCt. gewährt und ein Betrag von ca. 2,811,000 reservirt werden. Nach Anhörung der Bilanz-Revisions-Kommission erklärte sich der Verwaltungsrath mit diesen Vorschlägen einverstanden und setzte den Termin der ordentlichen Generalversamm-lung auf den 21. April fest.

Frankfurt a. M., 19. März. Ein gestern Abend unter dem Dache des Coullissenhauses des Stadttheaters ausgebrochenes Feuer wurde sofort wieder gelöscht, der Schaden ist ein unerheblicher, es sind nur einige Balken verkohlt und mehrere Coullissenstücke verbrannt.

Wesl. 19. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses sprach sich der Ministerpräsident Tisa gegen die hinsichtlich der Katastrophe in Szegedin einge-brachten Anträge auf Entsendung von Reichstagsaus-schüssen aus, indem er hervorhob, daß das Erforderliche schnell verfügt werden müsse. Die Regierung werde nach Anhörung ausländischer Experten dem Hause Vorschläge unterbreiten. Alle bezüglichen Anträge wurden hierauf abgelehnt.

Petersburg, 19. März. Der Londoner „Stan-dard“ sieht sich gemüßigt, die Nachricht zu verbreiten, daß die Russische Regierung beschloffen haben solle, die Coupons der Inneren und äußeren Schuld zu besteuern. Diese Nachricht ist völlig erfunden und es kann dieser entschiedensten Verneinung obiger Nachricht des „Stan-dard“ hinzugesügt werden, daß es ein unumstößlicher Grundsatz für die Russische Verwaltung bleibt, nirgends dem Russischen Staatsgläubiger durch Steuern oder auf indirektem Wege die Benefizien zu entziehen, die ihm beim Kreditgeben zugesagt worden sind.

Moskau, 19. März. Von den Deutschen Dele-girten haben Professor Hirsch und Dr. Rüssner gestern Wetzjanka verlassen, um sich zunächst in Samianowskaja der Quarantäne zu unterziehen, während Dr. Sommer-brod noch in Wetzjanka verbleibt.

Paris, 19. März. Das „Journal officiel“ veröf-fentlicht ein Dekret, durch welches das s. B. erlassene Verbot der Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh und Schaafvieh aus Deutschland und Luxemburg wieder auf-gehoben wird.

— Die Gerüchte, daß der Ministerpräsident Wad-dington von seinem Posten zurücktreten werde und daß in der feitherigen Zusammensetzung des Cabinets Mo-dificationen eintreten würden, werden von der „Agence Havas“ als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. — Der neu ernannte Votschafter in Petersburg, General Chanzy, reist heute Abend nach Petersburg ab, um seine Beglaubigungsschreiben noch vor der Abreise des Kaisers Alexander nach Livadia zu überreichen.

London, 18. März. Unterhaus. Schatzkanzler Northcote erklärte auf eine bezügliche Anfrage, der Re-gierung sei keine Mittheilung darüber zugegangen, daß ein Ultimatum an den König von Birma abgesendet worden sei. — Im Fortgange der Sitzung wurde ein Antrag Cartwright's auf Einsetzung eines Ausschusses zur Verathung der neuen Zölle angenommen, nachdem die Regierung diesem Antrage beigestimmt hatte. Im Laufe der Debatte erklärte Unterstaatssekretär Bourke, Modificationen der Zölle seien möglich, doch müßten dann auch andere Länder außer Spanien berücksichtigt werden; außerdem sei hierbei auch auf die Behandlung Bedacht zu nehmen, die der Englische Handel in anderen Län-dern finde.

Kopenhagen, 19. März. „Dagens Nyheder“ zu-folge hätte die Deutsche Regierung auf eine bezügliche Anfrage der Dänischen geantwortet, sie betrachte die Nordischleswigsche Frage durch den Traktat vom 11. Ok-tober v. J. als definitiv erledigt.

Bern, 19. März. Nach einer Mittheilung des „Bund“ wird Ende dieses Monats eine Konferenz der Gotthardbahnstaaten zur Prüfung des Finanzausweises des Gotthardbahn-Unternehmens zusammentreten.

— Entgegen dem Antrage, die Verathung der Vor-lage wegen Wiedereinführung der Todesstrafe zu ver-schieben, beschloß der Ständerath in seiner heutigen Sitzung mit 25 gegen 16 Stimmen sofort in die Debatte über diese Vorlage einzutreten. Dieser Beschluß ist für die Anhänger der Todesstrafe günstig.

Brüssel, 19. März. Die Repräsentantenkammer hat das gesammte Budget für das Ministerium der aus-wärtigen Angelegenheiten mit Einschluß der Position für die Belgische Gesandtschaft beim Vatikan einstimmig an-genommen.

Tirnowa, 19. März. Die Notabelnversammlung hat einstimmig eine Adresse angenommen, in welcher dem Kaiser Alexander Dank abgestattet und zugleich auf die Wichtigkeit einer Organisation Bulgariens, sowie auf die augenblickliche unsichere Lage des Landes hin-gewiesen wird.

Konstantinopel, 18. März. In Folge der in Sitvno stattgehabten Demonstrationen gegen den Finanz-direktor Schmidt hat General Stolipin durch die Bul-garische Miliz mehrere Verhaftungen vornehmen lassen.

Washington, 18. März. Die außerordentliche Session des Kongresses ist heute eröffnet worden, als Sprecher wurde Randall wiedergewählt. Eine Botschaft des Prä-sidenten Hayes ist der Repräsentantenkammer bis jetzt nicht zugegangen.

Von der Marine.

Kiel, 17. März. Nach einer Bekanntmachung der Admiralität vom 12. d. M. sollen vom 1. April d. J. ab auch Zeitungen unter Kreuzband an Personen der Besatzungen solcher Kriegsschiffe, welche sich außerhalb der heimischen Gewässer befinden, zur Beförderung durch Vermittlung des Marine-Postbureaus in Berlin zugelassen werden.

Locales.

Memel, den 20. März. [Theater] Morgen (Freitag) beschließt Herr Director Linde seine Vorstellungen mit Dampf, d. h. mit „Dampfkönig“, dem spannenden phantastischen Zeitbilde von H. Willen, das, wie auf allen anderen Bühnen, wo es zur Aufführung kam, auch bei uns höchst heifällig von dem Publikum aufgenommen wurde.

Dampfer „Marienburg“ welcher bekanntlich seit dem letzten Herbst bis vor einigen Wochen die Fahrten zwischen Memel und Rotterdam unterhielt, im Kattegat gesunken. „Marienburg“, zur Rheiderlei der Schiffsfahrts-Aktien-Gesellschaft (Alex Gibsons) in Danzig gehörig, ist im Jahre 1873 mit einem Kostenaufwande von 419,400 Mk. in Schottland gebaut.

—h [Der Ausverkauf bei Concursen] ist zu einer erdrückenden Calamität für die noch bestehenden Geschäfte geworden. Derselbe mag in früherer Zeit, als ein Fallissement noch Aufsehen erregte, nicht von besonderer Tragweite gewesen sein, heute aber, wo der Sturz der Geschäfte an der Tagesordnung und leider etwas ganz selbstverständliches ist, wird der sogenannte „gerichtliche Ausverkauf“ zu einem Krebsgeschwür, der gesunde Zustände nicht mehr aufkommen läßt.

[300 Pakete und nur 8 Minuten.] Wir lesen in der „Tifl. Ztg.“: Als am vorigen Sonntag der Nachmittagszug von Insterburg in Tiflis eintraf, war eine solche Menge Pakete zu bewältigen, daß die Beamten mit den 8 Minuten Aufenthalt fast ins Gedränge kamen. Die Pakete mußten in gestülpter Eile gezählt und geworfen werden und nach dem Wurf gleich die Papierumhüllung manches Pakets einer geschossenen Fahne.

Standesamtliche Nachrichten vom 20. März.

Geboren: dem Fleischer Alexander Buglaff eine Tochter. Aufgegeben: Arbeiter Mathias Wiensowski mit Schiffszimmermanns-Wittwe Charlotte Böhmle geb. Pamelzick. Gestorben: Königl. Dampfschiffsführerfrau Anna Müller geb. Alexander, 42 Jahre alt; Stauerfrau Henriette Kendschorra geb. Bollert, 51 Jahre alt.

Familien-Nachrichten

Verlobt: Fräul. Martha Gabriele Pessier mit Herrn Emil Heinge in Königsberg, Fräul. Franziska Jacoby in Rastenburg mit Herrn Moritz Zuder in Königsberg, Fräul. Elise Neumann in Birkenshöfchen mit Herrn Carl Weise in Königsberg. Geboren ein Sohn: Herrn Theodor Thiel in Königsberg, Herrn Theben in Sphlitten, eine Tochter: Herrn Richard Teude in Birkenhof.

Trennen-Report.

Britisch-Hotel Kauf. G. Köfcke, Fetzsch und Tobias aus Berlin, Caspary aus Königsberg. Victoria-Hotel Kauf. K. Korber aus Grünau bei Berlin, Basch aus Berlin, Hotelbesitzer Lundschein aus Neufirk.

Britisch-Hotel Kauf. G. Köfcke, Fetzsch und Tobias aus Berlin, Caspary aus Königsberg. Victoria-Hotel Kauf. K. Korber aus Grünau bei Berlin, Basch aus Berlin, Hotelbesitzer Lundschein aus Neufirk.

Schiffs- und Handelsnachrichten.

Schiffsnachrichten. Nummer Fünf — Ruß — Carbis, 14.3 Kopenhagen; Wsch hier. Amtliche Börsen-Fracht-Notirungen. 20. März. London 11 sh. 6 d. per Load Balken. Stettin Markt 11 per Last Dielen. Antwerpen 2 sh. 9 d. London 2 sh. 6 d. oder per 500 Pfd. Weizen. Etkliste Englands 2 sh. 3 d. Ost-Norwegen Markt 22 per 5000 Pfd Roggen. Holland fl. 17 per 2400 Kilo Weizen.

Berliner Cours-Depesche.

Table with 4 columns: Item, Price, Date, and another Price. Includes items like Roggen behauptet April-Mai, Hafer April-Mai, Petroleum loco, Spiritus loco, etc.

Telegraphischer Wetterbericht für die Ostseehäfen. Donnerstag, den 20. März.

Table with 6 columns: Stationen, Barometer, Wind, Wetter, Temperatur, Bemerkungen. Includes stations like Memel, Rensfahwasser, Swinemünde, Kiel, etc.

Uebersicht der Witterung.

Barometer Nordwesten gestiegen, Südosten gefallen. Winde allgemein schwach; von Pommern und Stageral bis Kanal nordöstlich; Temperatur wenig verändert.

(Eingefandt)

Kaiser Wilhelm.

Kennt Ihr den besten Herrscherpreis? Er stift auf Deutschlands Ehr'n, Gar siegesfroh im Vorberreis Der Hohenzollernsohn. Stets lieb und gut erblickt man ihn, Wo man ihn immer seh' In seiner Residenz Berlin, Am grünen Strand der Spree.

Der Preis im silberweißen Haar, Leutselig, treu und mild, Der tapfere, stolze Preußen-Kar, Des Deutschen Reiches Schild, Mit feur'gem Schwert ein Cberubim Wehrt er des Franzmann's Näh — Von seiner lieben Stadt Berlin, Vom grünen Strand der Spree.

Was schon als Jüngling er begann, Den Kampf für's Vaterland, Als Greis er noch den Sieg errang Die Waffe in der Hand; Voran thät er zu Felde ziehn Der stolzen Armee, Zum blut'gen Kampf für sein Berlin, Am grünen Strand der Spree.

Mit jugendlichem Kampfesmuthe Brach er des Gorken Macht, Errichtete in Fränk'schem Blut Deutschland in alter Tracht. Und ein Triumphzug führte ihn Mit Jubel zu Palais — Nach seiner treuen Stadt Berlin, Am grünen Strand der Spree.

Am stolzen Stamm der schönste Zweig So strebt er himmelan; Umsonst Ihr Feinde müht Ihr Euch Zu hindern seine Bahn. Des Volkes Liebe stützt ihn Auf seines Ruhmes Höh! In seiner Residenz Berlin, Am grünen Strand der Spree

Viel tausend Herzen schlagen ja Für ihn in stolzer Lust, Viel tausend Lippen stehen da Zu Gott aus treuer Brust: „Ach lieber Gott, beschütze ihn Noch lang' vor Unglücks Näh!“ In seiner Residenz Berlin, Am grünen Strand der Spree.

Schulanzeige.

Die Aufnahme derjenigen Schülerinnen, welche der städtischen Mittel-Mädchen-schule überwiesen werden sollen, findet am Freitag, den 28. März, Nachm. von 2 bis 5 Uhr statt, und sind bei derselben jedenfalls die Impfstätte vorzulegen. C. Schiemann.

Bekanntmachung.

Die in diesem Jahre zu Corporationszwecken erforderlichen, von der Finanz-Commission festgesetzten Beiträge werden von den Mitgliedern der Corporation gegen Aushändigung der darüber ausgestellten Quittungen durch unseren Boten A. Bö h l e r erhoben werden. Memel, den 17. März 1879. Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Bekanntmachung.

Die Rendantenstelle in Bommelsbitte ist neu zu besetzen. Den Bewerber um diese Stelle ertheilt nähere Auskunft der Ober-Vorsteher daselbst und werden die betreffenden Eingaben bis zum 12. April c. von dem Genannten entgegen genommen. Der Gemeinde-Vorstand.

Theater-Anzeige. Freitag, den 21. März, letzte Vorstellung in dieser Saison. Zum zweiten Male: „Dampfkönig.“ Ich bitte, die Duzend-Billets Freitag gütigst einzubringen. H. Lincke.

Restaurant de Passage. Heute und folgende Tage Auftreten meiner neu engagirten Damen-Kapelle. Memel, den 19. März 1879.

Memeler Credit-Verein. Eingetragene Genossenschaft. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher behufs Zuschreibung der Dividende im Bureau einreichen zu wollen. Der Vorstand. L. Schlafhorst sen. Löschee. F. W. Siebert.

Gymnasium. Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Sonnabend, den 22. März, Morgens 10 1/2 Uhr, beehre ich mich die Gönner und Freunde des Schulwesens hierdurch einzuladen. Prof. Dr. E. Grosse, Director.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers findet Sonnabend, den 22. d. Mts., Vormittags 9 1/2 Uhr, in der St. Johannis-Kirche ein öffentlicher Gottesdienst statt. Der Gemeinde Kirchenvorstand zu St. Johannis.

Sanssouci. Zum Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers Sonnabend, den 22., Abends 8 Uhr, Leber- und Blutwurst, eigenes Fabrikat, Schweineknöchel, abgekochtes Bauchstück etc. etc.

Bellevue. Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Sonnabend, den 22. März Kränzchen, wozu ergebenst einladet I. Gensz.

Deutsche Kaiserhalle. Heute Kinderfest in und außer dem Hause.

M. Festl. I. u. Tafell. d. 22. c., Ab. 7 U.

Heute Abend 7 Uhr starb in Tiflis meine liebe Tochter Thuznelde nach längerem Krankenlager. In meinem und ihrer Geschwister Namen diese Anzeige allen Theilnehmenden. Thuznelde Kleinig, geb. Muttray. Memel, den 19. März 1879.

[Todes-Anzeige.] Am 19. d. entschlief sanft nach langem Krankenlager und schweren Leiden meine innig geliebte Frau und unsere liebevolle und gute Mutter Anna, geb. Alexander, in ihrem noch nicht vollendeten 43. Lebensjahre. Diese so schmerzliche Nachricht allen Freunden und Bekannten. Der trauernde Gatte G. E. Müller nebst 2 Söhnen.

3. Sterbefall pro 1879. Ad Abth. A. ist am 19. März die Schneidemüller-Wittve C. Richter gestorben.

Credit-Verein. Vorstandssitzung: Freitag, 21. d., 5 Uhr.

Denjenigen Eltern, welche ihre Kinder der hiesigen Mittel-Knabenschule übergeben wollen, zeige ergebenst an, daß die Aufnahme den 26. und 27. d. M., Nachmittags von 2 Uhr ab, stattfindet.

Klaudtky.

Neue Westpr. Mittheilungen.
(Marienwerderer Zeitung.)

Die vier Mal wöchentlich, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag Morgens erscheinenden Neuen Westpreussischen Mittheilungen bringen allgemein verständliche Leitartikel, eine reichhaltige politische Rundschau, ferner die Land- und Reichstagsverhandlungen, wenden dem lokalen und provinziellen Theile, sowie den wirtschaftlichen Interessen besondere Aufmerksamkeit zu und unterrichten ihre Leser in zahlreichen Original-Depeschen sofort über alle Ereignisse von Wichtigkeit. Ein gutes Feuilleton und das den Abonnenten zur Sonnabend-Nummer gratis beigegebene sehr beliebte

Unterhaltungs-Blatt, letzteres 1 Bogen stark, sorgen für eine angenehme leichte Lectüre.

Der Abonnementspreis beträgt für Marienwerder nur 1 Mark 50 Pf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten 1 Mark 80 Pf., einschließlich Briefträgerlohn 2 Mk. 20 Pf.

Inserate (12 Pfg. pro 4 gespaltene Zeile) werden bei der großen Verbreitung des Blattes in den Provinzen Preußen, Posen, und Pommern stets den gewünschten Erfolg haben.

Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ergebenst ein

Marienwerder, im März 1879.

Die Expedition:

R. Kanter'sche Hofbuchdruckerei.



Auction

Freitag, den 21. März c.,
Nachmittags 3 Uhr.

ca. 800 Pack Paraffinkerzen
in getheilten Posten im Ladenlokal Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 9/10.

Sablowsky, Auctionator.

Sonnabend, den 22. d. M., Nachmittags 3 Uhr, sollen bei der Händlerin Wittwe Bonk in Schmelz, Ballstraße im Schiwe'schen Hause, 7 Bilder, 1 Kommode, 1 Wanduhr, 1 Bettdecke, 2 Stühle, 3 Blumenvasen und 5 Cylinderpuffer meistbietend gegen baare Bezahlung durch mich verkauft werden.

Tennigkeit, Executor.

Ein gutes starkes Pferd soll Sonnabend, den 22. März, 11 Uhr Vorm., am Schauspielhause gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Die zweite Sendung

Messinaer Pomeranzen

trifft Ende dieses Monats bestimmt ein und sind mir Bestellungen darauf annehmen.

E. Appelhagen.

Stroh Hüte werden zum Waschen und Uniformen entgegengenommen bei

D. Sudermann, Bäckerstraße 18.

Zu Geschenken empfehle Porzellan = Kaffee- und Thee-Service, Kuchenteller, Brodkörbe, fein Engl. Theebretter mit und ohne Gold-einlage, Lampen, Kronleuchter, Blumenständer, Blumentöpfe, Visitenkartenschalen, Zuckerlasten, Bisquitbehälter, Vasen, Naraffen, Bier-, Wasser-, Liqueur-Säße und vieles Andere, alle Gegenstände von dem billigsten bis zum hochfeinen Genre und größter Auswahl.

A. Thiel, vorm. Ferdinand Weiß

Gemahlene Raffinade und Amerikanisches Schweineschmalz offeriren Faß- und Centnerweise billigt

Brüter & Liebe.

Echten Engl. Chester-Käse empfing und empfiehlt bei Entnahme von mehreren Pfunden à 1 Mk. 20 Pf.

E. Appelhagen.

Lichte. Eine bedeutende Parthie

Stearin- und Paraffin-Lichte in allen Packungen verkauft, um zu räumen, zu bedeutend ermäßigten Preisen.

R. Gutzzeit.

Lotterie

beweglicher Gegenstände

veranstaltet zu Gunsten des

Gemeinnützigen Bauvereins

zu Tilsit.

Ziehung am 1. Juli 1879.

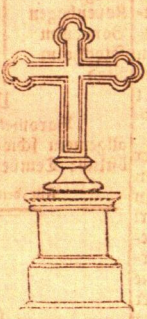
Jedes 6. Loos gewinnt.

Loose à 5 Mk.

sind zu haben in der Expedition des „Memeler Dampf.“

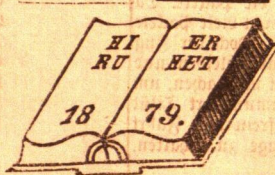
Bei Entnahme einer größeren Anzahl Loose wird **Rabatt** bewilligt.

F. W. Siebert.



Grabdenkmäler

in Marmor, Granit und Sandstein, Kissensteine von 2,50 Mk. an, ferner habe Waschtischsäule, Consolplatten vorrätzig, auch werden Schriften aller Art in Marmor, Granit u. Sandstein eingehauen, à Buchst. be 15 bis 20 Pf., Granitstufen, Sockelsteine zu Kreuzen und Gittersteine



habe vorrätzig und liefere diese Gegenstände eigen und billig.

H. Kirstein, Steinsegermeister, Wiesentstraße 27.

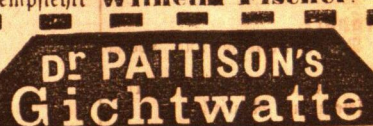
Das neueste in Frühjahrs-Hüten und Mützen habe erhalten und empfehle selbige dem hochgeehrten Publikum zu soliden Preisen.

Marktstr. 9. R. Streichert, Marktstr. 9.

Tilsiter

Lotterie-Loose

empfehle **Wilhelm Fischer.**



Dr. PATTISON'S Gichtwatte
bestes Heilmittel gegen Gicht und Rheumatismen
aller Art als: Gesicht-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Fußgicht, Glieder-, Rücken-, Lendenweh.

In Paketen zu 1 Mark und halben zu 60 Pfg. bei **Wilhelm Barth, Friedrich-Wilhelm-Straße No. 19.**

Sonnabend **Heydekruger Schmand-**läse bei **F. Kukuluk.**

Für 10 Mark:

10 ganze Meter schönen Kleiderstoff, 8 ganze Meter carrirtes Bettzeug, ein schönes wollenes Damen-Umschlagtuch, 1 wollenes Cachemir-Schawl, 3 Stück weiße Taschentücher, rein Leinen, versendet alles zusammen gegen Nachnahme von 10 Mark oder vorherige Einsendung die Fabrik von

A. Leyser, Berlin, Wallnertheaterstraße 34.

Fette Suren zu haben

Fette Puten

werden billigt abgegeben und sind zu erfragen in der **Bahnbofs-Restaur.**

Ungeöffnete Federn mit Dauen sind zu verkaufen

hintere Wallstraße No. 6.

Ein Gut,

eine Meile von Insterburg, 400 Morgen, guter Boden, schön eingebaut, an der Chaussee, wird verkauft. Näheres durch **Stangenberg-Stobingen per Karalene.**

Ein **Kunderbeitsstell** wird zu kaufen gesucht **Thomastraße No. 15/16.**

Ein erfahrener **Landwirth** wird auf einige Zeit zur Vertretung auf einem größeren Gute Memels sofort gesucht. Meldungen Markt-Gasse 16, 2 Tr. erbeten.

Ein ordentlicher **Hausmann** wird gebraucht **Alte Sorge-Straße Nr. 1.**

Einem tüchtigen **Antiker** zum 1. April braucht **Robert Werner.**

Einem ordentlichen **Vaufburschen** sucht **Ad. Funkstein, Holzstraße.**

Eine **Waschfrau**, welche zu Hause wäscht, bittet die geehrten Herrschaften um gütige Uebergabe von Wäsche. **Breite Straße No. 6.**

Eine **ankündige ältliche Frau**, welche eine kleine Wirthschaft selbstständig führen möchte, melde sich in der Expedition d. Bl.

Ein erfahrener **sauberes Stubenmädchen** wird zum 1. April gesucht von Frau **Henry Frentzel Beyme** Meldungen werden Freitag Vormittag von 10-11 Uhr entgegen genommen.

Eine **Amme** wird von gleich gesucht **Hospitalstraße No. 4a.**

Eine **Mitbewohnerin** kann sich melden **Quellgasse Nr. 1.**

Ein **Flügel** ist zu vermieten oder zu verkaufen **Friedrich-Wilhelmstr. 23-24.** Ein möblirtes Zimmer **Polangenstr. 15.**

Eine große **Oberstube** und **Kammer** zu vermieten **Töpferstraße 11.** **Dafelstein** kleines Aufwartemädchen gesucht.

Schlesierstraße No. 21 ist eine freundliche obere Wohnung, bestehend aus Entree, 2 Stuben, Schlafkabinet, Küche und sonstigen Bequemlichkeiten von sofort zu vermieten und vom 1. Mai zu beziehen. Näheres bei **G. R. Kuhn.**

Gute Wohnungen

sind billig zu vermieten **Holzstr. 22.**

Eine freundliche obere Wohnung von zwei Stuben nebst Kammer und allem Zubehör ist vom 1. Mai zu vermieten **Loosenerstraße 2-3. C. Jaworsky.**

Eine Wohnung von 5 Zimmern nebst allen Bequemlichkeiten und eine kleine Wohnung von 2 Zimmern ist von sofort oder auch später zu vermieten **hintere Werksstraße No. 3/4.**

Festungsstraße 3 ist die **Kellerwohnung** zu vermieten.

Ein **großer trockener Keller** ist vom 1. Mai zu vermieten.

A. Micks.

Ein **Ladenlokal** ist billig zu vermieten **Libauerstraße.**

F. Weiss.

Ein **Pferdestall** nebst **Wagenremise** ist zu vermieten **Marktstraße No. 11.**

Subhastations-Patent.

Das zum Nachlasse der **Barbara Doenhardt**, geb. **Drückler**, verwitwet gewesenen **Lhiergardt**, gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene Grundstück **Bommels-Bitte No. 52**, das nach einem Nutzungswerthe von 250 Mark zur Gebäudesteuer veranlagt worden ist, wovon der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen in unserm Bureau III. eingesehen werden können, soll

am 17. Mai 1879,

Vormittags 10 Uhr,

zum Zwecke der Auseinanderetzung der Miterben an hiesiger Gerichtsstelle im Zimmer No. 18/19, im Wege der notwendigen Subhastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags verkündet werden soll, wird auf

den 20. Mai c.,

Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt. Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirkksamkeit gegen Dritte der Eintragung bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Memel, den 12. März 1879.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Subhastations-Patent.

Das den Partikulier **Gustav und J. Da geb. Buddrus, Lippke'schen Eheleuten** gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene Grundstück **Jodeischen-Jahn No. 1522**, das mit einer Fläche von 74 Sect. 67 A. 10 Mtr. der Grundsteuer unterliegt und nach einem Reinertrage von 110,33 Thlr. und einem Nutzungswerthe von 18 Mk. zur Grund- und Gebäudesteuer veranlagt worden ist, wovon der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen in unserm Bureau III. eingesehen werden können, soll

am 17. Mai 1879,

Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle im Zimmer No. 18/19, im Wege der notwendigen Subhastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags verkündet werden soll, wird

auf den 20. Mai c.,

Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt. Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirkksamkeit gegen Dritte der Eintragung bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Memel, den 13. März 1879.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Subhastations-Patent.

Das den Partikulier **Gustav und J. Da geb. Buddrus, Lippke'schen Eheleuten** gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene Grundstück **Jodeischen-Jahn No. 1523**, das mit einer Fläche von 61 Sect. 89 A. 80 Mtr. der Grundsteuer unterliegt und nach einem Reinertrage von 86,37 Thaler und einem Nutzungswerthe von 60 Mark zur Grund- und Gebäudesteuer veranlagt worden ist, wovon der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen in unserm Bureau III. eingesehen werden können, soll

am 17. Mai 1879,

Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle, im Zimmer No. 18/19, im Wege der notwendigen Subhastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags verkündet werden soll, wird auf

den 20. Mai c.,

Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt. Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirkksamkeit gegen Dritte der Eintragung bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Memel, den 13. März 1879.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Auctions-Termin.

Bekanntmachung.

Verschiedene im Wege der Execution abgepfändete Gegenstände, namentlich 1 zweijähriger Ochse, 6 Schafe nebst Lämmern, 4 Schweine, 1 Sau mit 10 Ferkeln sollen im Termine

am 1. April 1879,

Nachmittag 4 Uhr,

in Submatten-Marienburg-Urban beim Wirthen **Martin Wiegand** durch unsern Commissarius gegen baare Bezahlung meistbietend verkauft werden.

Memel, den 18. März 1879.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Ein Capital von 900 Mark ist gegen sichere Hypothek zu vergeben.

Memel, den 20. März 1879.

Der Magistrat.

Beilage zu No. 68. des Memeler Dampfboots. „Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Freitag, den 21. März 1879.

* * Deutscher Reichstag.

22. Plenarsitzung. Mittwoch, 19. März.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten und theilt mit, daß das Präsidium, die Zustimmung des Reichstages voraussetzend, die einleitenden Schritte thun werde, um Se. Majestät den Kaiser zum 22. März zu beglückwünschen.

Das Haus setzt darauf die Verathung des Etats fort. Die Debatte beginnt bei Titel 2 (Rübenzuckersteuer 51,422,850 Mk.) des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Abg. Richter (Hagen) betont gegenüber dem Bundeskommissar Hüber, daß die Annahme des Etats 12 1/2 Ctr. Rüben seien zur Darstellung eines Centners Rohzucker nöthig, wegen der Fortschritte der Industrie hinfällig geworden sei; gewöhnlich genügen schon 11 1/2 Ctr. Hier sei eine Erhöhung der Steuern angängig, ohne eine große Belastung der Industrie eintreten zu lassen. Ferner sei zu tabeln, daß die Ausfuhrbonifikationen rein zu Exportprämien werden. Die Regierung hüte sich aber, hier die Steuern zu erhöhen, da es sich nur um Großfabrikanten handle; bei der Tabakindustrie scheue man sich nicht die Kleinfabrikanten durch Erhöhung der Steuern zu vernichten.

Bundeskommissar Gehl. Hüber führt aus, daß in manchen Gegenden 12 1/2 Ctr. Rüben noch gar nicht genügen, während allerdings anderwärts durch die Fortschritte der Technik eine geringere Zahl hinreichend ist. Die Schwankungen seien ziemlich groß. Die Exportbonifikationen bewegten sich durchaus in den richtigen Grenzen und haben sich in keiner Weise zu Prämien gestaltet.

Abg. Dr. Lucius wünscht, daß Hr. Richter sich besser mit statistischem Material versehe, ehe er die Regierung angreife; alle seine Behauptungen seien nicht zutreffend, wie der Hr. Commissar schon nachgewiesen habe. Die fernere Behauptung des Hrn. Richter, daß die Großindustrie mehr als die Kleinindustrie beachtet werde, zwingt ihn, sich gegen diese Art von Etatsberathung zu verwahren; wer da meint, daß Groß- und Kleinbesitz verschiedene Interessen haben, zeigt, daß es ihm an Verständniß oder etwas Anderem fehlt. (Sehr richtig rechts.) Man möge sich nach dem Beispiel der Nachbarländer richten und nicht nach Theorien, sondern nach den materiellen Interessen des Landes entscheiden. Er habe das Vertrauen zur Regierung, daß sie auf dem bisherigen Wege fortfahre. (Beifall rechts.)

Abg. v. Behr-Schmoldow konstatirt, daß wir eine ganz hohe Exportprämie zahlen, das sei unwirtschaftlich. Die Versuche, welche die Regierung bei Charlottenburg über Herstellung von Rübenzucker gemacht, seien leider mißglückt.

Abg. v. Kardorff warnt davor, die Landwirtschaft in Bezug auf ihre Zuckerproduktion durch leichtsinnige Experimente zu beunruhigen. Uebrigens sei eine Exportprämie ja gar nicht so schlimm, wie das Beispiel von England zeige.

Abg. Richter (Hagen): Die Rede des Herrn Lucius habe sich mehr durch persönliche Gereiztheit, als durch sachliche Gründe gezeichnet (Dho! rechts). Keine einzige seiner (Redner) Behauptungen sei widerlegt, die Fortschritte der Technik seien allgemein anerkannt, so daß nur 11 1/2 Ctr. Rüben zur Darstellung eines Centners Zucker nöthig seien. Weshalb solle man denn die Reichskasse schädigen zum Vorteil einiger Fabrikanten?

Abg. v. Benda bittet um recht sorgfältige Prüfung dieser Materie, bevor man eine Aenderung des bisherigen Systems in Angriff nehme; ebenso erklärt

Abg. Dechelhausen mit Hinweis auf die günstigen Ergebnisse der bisherigen Art und Weise der Veranlagung, seine Zustimmung zur Verbeibaltung der jetzigen Verhältnisse der Rübenzuckerbesteuerung.

Nach weiter Diskussion wird Titel 2 genehmigt.

Bei Titel 3 (Salzsteuer 34,552,780 Mk.) fragt

Abg. Richter (Hagen): ob man angesichts der in Aussicht genommenen Steuererhöhungen nicht daran denke bei der Salzsteuer eine Verringerung eintreten zu lassen, sogar die konservativen Parteien hätten dieselbe eine irrationelle genannt.

Minister Hofmann theilt mit, daß, wenn die Vermehrung der indirekten Steuern beendet sein würde, die Regierung die Frage in Erwägung ziehen werde, ob die Salzsteuer abgesehrt werden könne.

Abg. Dr. Lasker bedauert, daß diese Steuerprojekte so wenig ernst von der Regierung genommen werden, wie aus der Antwort des Reichskanzleramtspräsidenten hervorgeht. (Dho rechts). Er hätte eine positive Antwort erwartet.

Minister Hofmann: Er habe sich eine gewisse Reserve auferlegen müssen, da ihm keine positiven Pläne der Regierung vorlagen. Er glaube nicht, daß seine Antwort in dieser Angelegenheit etwas Spaßhaftes enthalten habe.

Abg. v. Kardorff konstatirt den belehrenden Ton des Abg. Dr. Lasker; die Interpellation des Abg. Richter paßte gar nicht hierher.

Tit. 3 wird genehmigt, ebenso Tit. 4 (Tabaksteuer 899,590 Mk.)

Bei Tit. 5 (Branntweinsteuer 39,599,290 Mk.) klagt

Abg. Schneegans über die Einführung der Branntweinsteuer in den Reichslanden. Die Beschwerden seien allgemein, sowohl im Landesausschuß als auch in der Presse; nebenbei müsse er bemerken, daß auch in beiden Stellen ein freies Wort wohl gesprochen werden dürfe; die gegentheiligen Klagen seien übertrieben. Die Unpopularität des Branntweinsteuergesetzes von 1873 beruhe einestheils in dem Gesetz selbst, das die Kleinbrenner auf's empfindlichste schädige — von 26,000 Kleinbrennern seien 14,000 allein aus Elsaß-Lothringen — und andertheils aber in der Art und Weise, wie die Steuerunterbeamten die Steuern von den Bauern eintreiben, es wäre am besten, wenn die Reichslande von jenem Gesetz wieder befreit würden.

Unterstaatssecretair Herzog erläutert die Gründe, welche die Regierung zu dem Gesetz von 1873 veranlaßt hatten, namentlich sei der immer mehr um sich greifende Schmuggel maßgebend gewesen. Nach Erlass jenes Gesetzes habe sich die Zahl der Eigenbrenner nach statistischen Ausweisen vermehrt und in keiner Weise hätte sich die Nothwendigkeit einer Aenderung des Gesetzes gezeigt. Wenn die Beschwerden über Eintreibung der Steuern gerechtfertigt seien, werden die Behörden Abhilfe schaffen. Persönlich bemerkt Abg. Winkler, daß man im Elsaß nicht „frei von der Leber“ sprechen könne, im Gegentheil herrsche der äußerste Zwang; so sei ihm und seinen Freunden seit 8 Jahren nicht die Gründung einer Zeitung gestattet.

Titel 5 und Titel 6 (Brausteuer 15,955,300 Mk.) werden genehmigt.

Bei Titel 7-9 (Aversa für die außerhalb der Zollgrenze liegenden Gebiete des Reiches) fragt

Abg. Dr. Gareis: ob die Regierung Verhandlungen angestellt habe, resp. welches das Resultat dieser Verhandlungen sei, welche sich auf den Export und Import von Hamburg und Bremen beziehen; ferner frage er, ob man eine Erhöhung der Aversen beabsichtige.

Direktor Michaelis bedauert, noch nichts Positives über das Resultat dieser Verhandlungen mittheilen zu können.

Abg. Dr. Delbrück wendet sich gegen die neulichen Ausführungen des Ministers Hofmann betreffend die Verhältnisse der Rheberei. Die bisherige Zollpolitik habe stets gestrebt, dem Verkehr Erleichterungen zu verschaffen. Würde man „den Schutz der nationalen Flagge“ durch Zollmaßregeln erstreben, so würde das auf das Rhebereigewerbe von unwägendem Einfluß sein; denn die andern Staaten würden dann nicht anstehen, mit Repressivmaßregeln vorzugehen. Namentlich der Frachtverkehr würde leiden. Angesichts dieser nachtheiligen Beeinflussung des Rhebereiverkehrs durch Erhöhung der Aversen sei es räthlich, es bei den bisherigen Aversen zu belassen.

Minister Hofmann erkennt an, daß ein übereilter „Schutz der nationalen Flagge“ schädlich sein würde, bemerkt aber, daß das System der Gegenseitigkeit zwischen den seefahrenden Nationen zum Schaden Deutschlands in mehrfacher Beziehung durchbrochen sei; ohne den Rheberei Gefahr zu bringen, könnte an manchen Stellen Abhilfe geschaffen werden.

Abg. Meier (Schaumburg-Lippe) führt aus, daß die Ermöglichung eines billigen Verkehrs der Rheberei und dem Handel überhaupt allein von Nutzen sein könne. Die Deutsche Rheberei habe sich durch ihre Strebsamkeit dermaßen emporgearbeitet, daß sie den Wettkampf auf dem Weltmarkt wohl aufnehmen könne; sie müsse sich aber frei bewegen können. In Frankreich ist die Rheberei durch die Surtaces und das „droit de pavillon“ außerst geschädigt; die Deutsche Rheberei kann erfolgreich mit ihr konkurriren, weil sie eben bis jetzt freie Bewegung gehabt hat. Er (Redner) werde stets gegen jede Erhöhung der Aversen stimmen.

Abg. Ricker schließt sich dem an und fügt hinzu, daß die Rheberei unter dem Schutzollbruck zu Grunde gerichtet sei. Er verwahre sich dagegen als ob er indirect durch seine neulichen Ausführungen seine Zustimmung zu der Erhöhung der Aversen gegeben habe.

Abg. v. Kardorff bezweifelt, daß Herr Meier aus Erfahrung geredet habe; denn soviel er wisse, habe Schaumburg-Lippe keinen Seehafen (Heiterkeit). Durch den vollständigen Mangel an Böllen werden wir ganz mit Englischen Waaren überschwemmt. Der Handelsminister habe sich, als er die Tarife für Kohlen erhöhte und dadurch Tausenden lohnende Arbeit verschaffte, den Dank des Vaterlandes verdient.

Abg. Richter (Hagen) führt aus, daß das ganze geplante System auf den Staatssozialismus hinauslaufe, in Oberschlesien gebe man den Arbeitern Beschäftigung und fülle die Taschen der dortigen Grundbesitzer und Fabrikanten; auf der andern Seite entziehe man den Arbeitern der Rheberei die Arbeit und schädige den Wohlstand der Seestädte. Man verspreche nach allen Seiten hin Abhilfe, während man doch mit künstlichen Mitteln nur einzelnen Interessenten helfen könne.

Abg. Graf Bethusy-Suc erklärt, er sei früher Freihändler gewesen, selbst aber einsah, daß er selber durch das Freihandelsystem geschädigt würde. Er erstrebe Sicherung der Industrie vor allem; diese sei aber jetzt nach der Einigung des Reiches nur in dem Schutz der nationalen Arbeiten zu suchen. Er wolle auch den Schutz der Rheberei (Große Heiterkeit).

Abg. Meier (Schaumburg-Lippe) meint, er sei Vertreter des ganzen Reiches; auch Herr Kardorff spreche nicht bloß für Delsk, und Delsk und Schaumburg-Lippe stehen doch ziemlich auf derselben Stufe. (Heiterkeit.)

Tit. 7-9 werden genehmigt. Es folgt der Bericht der Budgetcommission über die derselben zur Vorberathung überwiesenen Theile des Marineetats. Nachdem Staatsminister Stosch gebeten, es bei der Vorlage zu belassen, werden bei Kap. 51 (Militärpersonal) bei Tit. 15 (Löhnung für ein Seebataillon) 20,520 Mk. abgelehnt, also die Vermehrung des Seebataillons um 6 Sergeanten, 6 Unteroffiziere, 18 Gefreite und 102 Seefoldaten nicht bewilligt.

Bei Kap. 52 (Indiensthaltung der Schiffe und Fahrzeuge) werden bei Tit. 1. 70,000 Mk. bei Tit. 2. 90,000 Mk., bei Tit. 3. 34,000 Mk. ohne Widerspruch nach dem Antrage der Budgetcommission „aus den Beständen des Vorjahres“ entnommen, so daß der diesjährige Etat davon entlastet wird.

Ebenso werden bei Kap. 53 (Naturalverpflegung), 54 (Bekleidung) 55 (Unterricht) kleinere Beiträge meist in Consequenz der Abstriche bei Kap. 51 gestrichen.

Bei Tit. 3. des Kap. 60 (Werftbetrieb) wird folgende Bemerkung aufgenommen: „Die Besoldungen der expedirenden Sekretäre der Admiralität von 3600 bis 2400 Mk. dürfen zum Zwecke der Bildung von Werft-Verwaltungs-Abtheilungen zur Befoldung von Intendantur-Sekretairen verwendet werden.“

Sodann werden zum Bau eines Panzerfahrzeuges als Ersatz für das Panzerfahrzeug „Prinz Adalbert“ 1. Rate 950,000 Mark gestrichen; ebenso zum Bau der Panzerfregatte „E.“ 1. Rate 876,000 Mark; nachdem Referent Abg. Ricker kurz hervorgehoben, daß man gar nicht so viel Mächtigkeit haben, um alle Schiffe zu besetzen, man dürfe nicht über den Flottengründungsplan hinausgehen. — Sodann beantragt bei Titel 30 (Deutsche Seewarte) des Extraordinariums die Commission die Streichung von 100,000 Mk. und die Bewilligung von nur 200,000 Mk. Auch dieser Antrag wird genehmigt trotz des Widerpruchs des Abg. Möring.

Damit ist der Marineetat erledigt.

Das Haus genehmigt darauf die Einnahmen aus der Spielartenstempelsteuer (1,206,000 Mk.)

Es folgt die Verathung des Etats der Wechselstempelsteuer (Einnahme 6,377,300 Mk.) Abg. Dr. Klägmann fragt, ob die Regierung beabsichtige, eine Aenderung des Wechselstempelgesetzes vorzunehmen.

Minister Hofmann stellt eine entsprechende Vorlage für die nächste Session in Aussicht.

Bei dem Etat der Eisenbahnverwaltung geht Abg. Dr. Hammacher auf die Verhältnisse der Elsaß-Lothringer Eisenbahn ein und legt die Unrentabilität derselben dar, erkennt aber die Bemühungen der Regierung an.

Abg. Ricker wünscht Einschränkungen bei dem Betriebe kleiner Bahnen.

Unterstaatssecretair Herzog berichtet einzelne Ausführungen des Abg. Hammacher und spricht die Hoffnung aus, die Verhältnisse würden sich baldigst bessern, sodann erklärt er die Bereitwilligkeit der Regierung, dem Wunsche des Abg. Ricker möglichst entgegenzukommen. Der Etat wird genehmigt, ebenso der Etat der Oberhofbuchdruckerei und des Münzwesens.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Etat, Wahlprüfungen. — Schluß 4 1/4 Uhr.

Der Erbe von Syberg.

Roman von Emil Rüdig.

(Fortsetzung.)

Helene fühlte recht wohl die Abneigung Fritzens gegen das ganze schöne Geschlecht. Nur, wenn er gelegentlich mit der Erzieherin in der Familie zusammentraf, glaubte sie in ihm einen Anderen, als sonst im Umgange mit Damen zu erblicken.

Und so war es auch.

Das junge Mädchen war voll kindlichen, reinen Frohsinns. Fritz kam sich besser, wahrer, selbstzufriedener in ihrer Nähe vor.

Leider traf sich das selten. Helene mußte die Erzieherin geschickt von Fritz fern zu halten. An diesem Abend, an dem zugleich der Geburtstag des Generals gefeiert wurde, konnte man sie nicht ausschließen; sie mußte zugegen sein, wenn die kleine Alma dem Großpapa ihre Wünsche vortrug.

Der General machte bei den zahlreichen Gästen die Honneurs, während die Generalin noch Anordnungen zu Ueberraschungen traf.

Er ließ Fritz herzlich willkommen, rühmte Helenens Talent im Arrangiren von Festlichkeiten und Ueberraschungen und freute sich auf den gemüthlichen Abend.

„Und nun, lieber Ramburg, erfüllen Sie mir als alter Vertrauter und Freund meines Hauses eine Bitte,“ sagte er zu Fritz. „Sie sehen, ich kann nicht abkommen, und die Dienerschaft steht augenblicklich zur alleinigen Verfügung meiner Frau. Gehen Sie gefälligst nach Fräulein Mönninghofs Zimmer, hier gerade über uns, und fragen Sie, ob der Schmuck eingetroffen ist, mit dem ich heute die Liebe meiner Gattin zu belohnen gedenke.“

Mit einem eigenthümlich wonnigen Gefühl stieg Fritz die Treppe hinan. Zögernd pochte er an die Thür. Alma's Stimme rief „Herein“.

Die Erzieherin stand mitten im Gemach. Der Schein des Lichts fiel auf ihr holdes Antlitz und er sah es erglänzen vor freudiger Ueberraschung, als sie ihn erblickte.

Da stand er nun in ihrem traulichen Zimmer, das mit seinen weißen Vorhängen, seinem sinnigen Arrangement und seiner einfachen Zierlichkeit so recht den Charakter seiner Bewohnerin wieder spiegelt.

Er richtete seinen Auftrag aus, empfing seinen Bescheid und schickte sich an, das Zimmer zu verlassen; allein die kleine Alma hielt ihn zurück, was ihm keineswegs unangenehm war.

„Du mußt erst Bowle mit uns trinken, Onkel,“ sagte sie und drängte ihn auf das Sopha, „sonst trinke ich auch keine. Ich liebe Dich so und möchte Dich küssen,“ betheuerte sie ihrer jugendlichen Erzieherin, in deren Augen sie einen Verweis las. „Er kann ja mit uns hinabgehen? Mußt Du denn gleich wieder zur Gesellschaft?“

„Das gerade nicht,“ entgegnete er und warf einen fragenden Blick auf das junge Mädchen. „Wenn es Fräulein Mönninghof erlaubt, so trinke ich ein Glas Bowle mit Dir.“

Mathilde erröthete, aber sie wandte nichts gegen sein Verbleiben ein. Sie suchte ihre Verlegenheit zu verbergen, indem sie sich mit der Bowle zu schaffen machte.

Es war unbeschreiblich anmuthig in dem kleinen Gemach. Fritz vergaß die ganzen Festlichkeiten da unten. Ein seltsamer Friede umwehte ihn in der Nähe des lieblichen Wesens, jeder Mißton schwand aus seiner Seele und die reinsten Harmonie lehrte in diesem Heiligthume in seine Brust ein.

Während er Mathilden sinnend zuschaute, plauderte Alma unausgesetzt, bis sie merkte, daß Niemand auf ihr Geschwätz achtete.

„Mathilde, warum antwortest Du mir nicht?“ rief das kleine Mädchen.

„Mathilde,“ wiederholte er, „Also Sie heißen Mathilde? Das ist mir neu!“

„Ja,“ antwortete die kleine Alma ein wenig vorlaut, „so heißt sie und ich nenne sie so. Ich muß zur Großmama auch Helene sagen, weil sie noch so jung und schön ist. Du brauchst nicht zu lachen. Mathilde ist aber doch viel hübscher als Helene; meinst Du nicht auch?“

„Ich kenne noch schönere Namen!“ entgegnete er.

„Auch schönere Damen?“ fragte Alma.

Er lachte und drückte der Redseligen einen Kuß auf den kleinen Mund.

„Alma ist doch die Schönste!“ scherzte er.

„Ich fürchte, sie fällt Ihnen lässig,“ entschuldigte die Erzieherin, „heute ist ihre Ungebild kaum zu dämpfen gewesen, bis die Dual des Wartens durch Ihr Erscheinen auf andere Bahnen gelenkt worden ist.“

„Darf ich denn auch noch warten?“ fragte er und sah sie so ernst und bittend an, daß sie auf einem Moment zwar in Verwirrung gerieth, dann aber seinen Wunsch gewährte.

„Auf Ihre eigene Verantwortung beim Herrn General!“ sagte sie.

Sie setzte sich ihm gegenüber und nahm das kleine Mädchen auf den Schooß. Eine Ahnung friedlicher Häuslichkeit zog durch seine Seele. Leider ließ ihm Alma keine Ruhe.

„Freust Du Dich nicht Onkel,“ sagte sie, „heute freuen sich alle auf das Fest, nur Mathilde hat geweint!“

„Theilmehmend sah er zu der Erzieherin hinüber.“

„Wem käme nicht bisweilen eine wehmüthige Erinnerung!“ sagte sie. Wer sich der Einsamkeit ergiebt, der ist bald allein!“

„Ein Jeder lebt, ein Jeder liebt und läßt ihn seiner Pein!“ vollendete Fritz gerührt, als die Kleine ihn mit der Frage an Mathilde unterbrach:

„Sind Deine Eltern denn auch in Genf, woher Du gekommen bist?“

Sie küßte das Kind auf die Stirn.

„Mein liebes Mädchen,“ sagte sie bewegt, „sie haben längst jene große Reise angetreten, von der Niemand wiederkehrt.“

„So stehen Sie ganz allein in der Welt?“ fragte Fritz mitleidig.

„Ganz allein, Herr Baron!“

„Aber es leben doch Verwandte, Freunde —“

„Verwandte nicht und Freunde nur wenige; ich war von Kindheit an verwais't.“

„So jung und schon allein!“ sagte er wehmüthig.

„Ich bin es zwar auch; aber ich bin ein Mann, der mit dem Leben kämpfen muß.“

„Auch ich fürchte die Widerwärtigkeiten des Lebens nicht,“ erwiderte sie mit der ihr eigenen Sicherheit.

Wie dünkte sie ihm begehrenswerth in ihrem jugendlich frischen Muth.

Ein Diener der Generalin rief sie auf einige Augenblicke ab und er blieb mit Alma allein. Gedanken-

voll schritt er im Zimmer auf und nieder; dann musterte er die kleine Bibliothek, die auf einem kleinen Bücherbrett stand.

„Wenn Du Bilder suchst,“ sagte die Kleine, „die sind in dieser Mappe.“

(Fortsetzung folgt.)

H. Zweiter Ostpreuss. Prov.-Landtag.

8. (Schluß-) Sitzung am 18. März c.

(Verspätet hier eingetroffen.)

Die Sitzung wird um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet. Am Regierungstische: Regierungsräte Singelmann, Höpner, Assessor Kraus. — Von den Abg. Dirichlet, Dr. Müller, Seydel und Stöckel liegt der Antrag vor, folgende Petition an den Deutschen Reichstag und das Königlich Preussische Staatsministerium zu richten:

„Einem zc. zc. fällt sich der unterzeichnete Provinzial-Landtag gedrungen, nachstehende Vorstellung eherebietigst zu unterbreiten:

Die Provinz Ostpreußen wird, wie kein anderer Landestheil des Deutschen Reichs, durch ungünstige klimatische Verhältnisse einerseits und durch die Russische Grenzsperrung andererseits in ihrer Erwerbsthätigkeit beeinträchtigt. Sie würde durch Wiedereinführung von Eisenzöllen und anderen zu Gunsten der Production der industriellen Provinzen erhobenen Schutzzöllen vorzugsweise geschädigt werden. — Zu der Einführung von Getreidezöllen würde die Provinz, selbst wenn man die Berechtigung einer Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel im Interesse der Produzenten anerkennen könnte, eine Entschädigung ihrer vorzugsweise Ackerbau treibenden Bevölkerung nicht finden.

Bei der geographischen Lage unserer Provinz würde die Einführung solcher Zölle lediglich dahin führen, den Handel und mit ihm die Consumtionsfähigkeit unserer größeren Städte zum Vortheile der Russischen Handelsplätze zu zerstören, ohne den Preis unseres Getreides zu erhöhen.

Der Bedarf des localen Consums wird auch bei geringen Ernten reichlich gedeckt, der Ueberschuß unserer Production aber findet seine Verwerthung überwiegend auf ausländischen Märkten, auf welche die Deutsche Zollgesetzgebung keinen Einfluß ausüben kann. (100 Kilo kosten nach London 1 Mt. 20 Pf. Fracht, während die Bahnfracht nach Berlin für Getreide 2 Mt. 78 Pf. in Ladungen von 10,000 Kilo beträgt.) Die projectirte Belastung von ausländischer Kohle und Eisen, welche uns als Rückfracht zugeführt werden, würde den Preis unserer Exportartikel durch Erhöhung der Fracht sogar herabdrücken.

Was endlich die Besteuerung des ausländischen Holzes betrifft, so müssen wir darauf aufmerksam machen, daß Ostpreußen keine Steinföhlen besitzt, zugleich zu den waldarmen Provinzen des Preussischen Staats gehört und auf den Import des Russischen Holzes angewiesen ist.

Eine Holzbesteuerung wäre demnach für uns eine durch nichts gerechtfertigte Besteuerung der ganzen Provinz zu Gunsten weniger großen Forstbesitzer, ganz abgesehen davon, daß sie dem Handel der Stadt Memel den Todesstoß versetzen würde.

Der Provinzial-Landtag erblickt daher in der vorbereiteten Aenderung unserer Zollgesetzgebung eine schwere Beeinträchtigung der Provinz Ostpreußen und richtet die Bitte an zc., dieselbe wolle beim Bundesrathe dahin wirken, daß diese die Lebensfähigkeit unserer Provinz in Frage stellenden Maßregeln von uns fern gehalten werden.

Dieselbe wird von dem Abg. Seydel unter Hinweis auf die öffentliche Aufforderung zur Erklärung seitens des Herrn Reichsfinanzlers in der Zollfrage und unter Berufung auf die in der Petition geschilderten Nothstände für die Provinz Ostpreußen begründet, während Abg. v. Hüllesien, wiewohl er freihändlerischen Standpunkt einnehme, es nicht für angezeigt hält, aus einer besonders ungünstigen klimatischen Lage, in der andere Provinztheile sich ebenfalls befinden, die Zweckmäßigkeit einer Erklärung in Betreff einer Sache, über die noch gar keine bestimmte Vorlage existirt, zu folgern und motivirte Tagesordnung beantragt — Abg. Dr. Müller ist von der unter Ausschluß politischer Gesichtspunkte sich auf rein wirtschaftlichen Standpunkt stellenden Behandlung der Sache befriedigt und findet in der thatsächlich traurigen wirtschaftlichen Lage der Provinz den Vereinigungspunkt aller Parteien, um gegen Getreide- und Holzölle, wie s. Z. gegen Eisenschutzölle sich auszusprechen. — Abg. Assier hat in Folge eindringender Studien in die vorhandene Literatur die Ueberzeugung gewonnen, daß derartige Finanzölle dem eigentlichen Wirtschaftss- resp. Kleinhandelsverkehr nicht schaden, sondern nur den „illegitimen“ Großhandel in seinem Bestreben, Reichthum zu sammeln, berühren würden.

Der Cobden-Club Englands habe das Freihandel-Prinzip im Interesse Englands zu verbreiten gewünscht, Frankreich sei durch Wohlstand zur Ertragung jeder Art von Zollsystem geeignet, aber Amerika habe die üblen Folgen des freihändlerischen Princips schwer zu büßen gehabt. Er schliesse sich dem Antrag von Hüllesien an solchen Ermüdungen an. Abg. Dirichlet wendet sich gegen die beiden Vorredner, in längeren Ausführungen für die Petition eintrittend. Abg. Graf zu Dohna-Schlodien bedauert, diese hochpolitische Frage in letzter Stunde in die friedlichen Landtagsverhandlungen gebracht zu sehen, und werde — obgleich er in den Zöllen einen Vortheil für die Landwirtschaft sich nicht verpöndere — für Tagesordnung stimmen, zumal ein Nachtheil für den Handelsstand aus der Art der Durchführung des Zollsystems von der Reichsregierung nichts zu fürchten sei. — Die Petition wird genehmigt.

Zur Vorlage des Provinzial-Ausschusses in Betreff der geplanten Uebertragung der Unterhaltung der Provinzial-Gaueisen auf die Kreisverbände, verteidigen die Abgg. Dr. Bender und Seltz, sowie der Landesdirector und Landesbauath Kraus die Anträge des Ausschusses auf Abbrechung, der bezüglichen Unterhandlungen und Ablehnung der von mehreren Kreisen eingegangenen Offerten, während die Abgg. Dirichlet, Ehard und Donales für die Commissions-Vorschläge auf Fortsetzung der Verhandlungen und Abschluß mit den Kreisen gegen Entschädigung über den 12 jährigen Kostenanschlag hinaus und Erleichterung der Cautelen für die Aufsichtsrechte der Provinz, gleichviel ob alle Kreise bereit sind oder nur ein Theil, eintreten. Nach längerer Debatte werden die Commissions-Vorschläge angenommen, darunter, mit dem Provinzial-Ausschuß übereinstimmend, die Ermächtigung des Ausschusses zur Kündigung oder Ueberlassung der Provinzial-Baubeamten behufs Verwaltung der Kreis-Gaueisen. — Der vom Provinzial-Ausschuß vorgelegte Bericht über die Vermögens-Aus-einanderziehung zwischen Ost- und Westpreußen wird gutgeheißen; ebenso der vorgelegte Entwurf eines Vergleichs bezüglich der Auseinanderziehung der von beiden Provinzen noch gemeinschaftlich zu erbauenden resp. zu unterhaltenden Gaueisen, welcher von den beiden Landesdirectoren vereinbart, nur in Betreff des Termins für Auszahlung einer Summe von 500,000 Mt. an Ostpreußen differirt, letzteres um 1/2-jährigen Zinsgewinn schädigend. Nach den Ausführungen des Referenten v. Gramatzki wird unter Beibehaltung des Ostpreussischen Anspruchs der Entwurf en bloc genehmigt. — Für die Vorlage, betr. Ablösung des St. Marienstifts vom Lebensdiensthospital durch eine Abfindungssumme von 375,000 Mark, incl. 25,200 Mt. aus Provinzialfonds, erklärt sich der Referent Dr. Aschenheim, unter Betonung der Schwierigkeiten, welche die Verwaltung des Stifts bei vorliegenden Competenzfreitigkeiten mit der Regierung darbietet. Nach Ablehnung eines Vertrags-Antrages Donales wird die Vorlage in Gemäßheit der Ausführungen der Herren Regierungs-Assessor Kraus, Landesrath Wiedemann und Abg. Dr. Müller angenommen. — Die erbetenen 500 Mt

für die Ostpreussische Monatschrift, 1500 Mt für das Masurische Waisenhaus in Löben, werden in den Etat pro 1879—80 gestellt. Die Petition des Ostpreussischen landwirtschaftlichen Centralvereins um Gewährung einer Beihilfe von 3000 Mt zur Erweiterung seiner Versuchstation und Einrichtung einer landwirtschaftlichen Abtheilung bei derselben wird abgelehnt, nachdem der Referent Ehard, sowie die Abgg. Born und Duadt bedingungsweise dafür, Abg. Dr. Dolle und der Landesdirector, da das Dotationsgesetz nur die Unterstützung wissenschaftlicher und nicht praktischer Vereine zulasse, aber sich dagegen erklärt haben. — Die Anstellung von 3 Hilfstechneuren für die Baubezirke Tilsit, Königsberg und Insterburg wird beschlossen. — desgl. die Herabsetzung der Mietzentschädigungen für Chauveausseher, auf in der Regel 90 Mt. jährlich. — Der Provinzialauschuß wird nach einem Antrage der Abgg. Schulz und Genossen beauftragt: der Mehrbelastung der Grenzkreise durch aus Rußland herüberkommende Deutsche durch Erndung einer Declaration zum Landarmen-Reglement zu begegnen und darüber dem nächsten Provinziallandtage Vorlage zu machen. — Der Hauptetat der Provinzial-Verwaltung (nach der Vorlage in Einnahme und Ausgabe auf je 3922000 Mt. abschließend) wird darauf unter Hinzufügung der aus den Beschlüssen in dieser Session resultirenden Beträge und calculativen Abrundung genehmigt. — Hiermit sind die Vorlagen erledigt und wird die diesjährige Session durch den Königl. Commissar Herrn Oberpräsidenten v. Horn unter Hinweis auf die in angelegter Thätigkeit erreichten, durch gründliche Vorarbeiten vorbereiteten Erfolge für eine weitere Förderung und gedeihliche Entwicklung aller provinziellen Interessen geschlossen, wobei der Redner constatirt, daß das in den meisten wichtigen Fragen einmüthige Handeln des Provinzial-Landtages mit den Verwaltungsvorganen eine Uirgenschaft für die Fortdauer glühlicher Zustände gewährt und mit dem Wunsch schloß, daß die Provinz und das gesammte Vaterland vor schmerzlichen und erschütternden Ereignissen bewahrt bleiben möge.

Nach Ausdruck des Dankes an das Präsidium und das Bureau schloß Präsident v. Kraatz die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König

Provinzielles.

* Der „Reichsanzeiger“ vom 18 März veröffentlicht die Ernennung des Bezirks-Präsidenten des Ober-Elsaß von Ernsthausen in Colmar zum Ober-Präsidenten der Provinz Westpreußen und des Regierungsraths Albrecht Hans Döber zum Landrath des Kreises Braunsberg.

Die über die Abhaltung von Viehmärkten bisher gültig gewesenen Bestimmungen sind von der Königl. Regierung nunmehr dahin abgeändert worden, daß die Abhaltung derselben von jetzt ab wieder im ganzen Umfange des Regierungs-Bezirks, jedoch mit der Einschränkung stattfinden darf, daß in den Kreisen Memel, Gerdaun, Rastenburg, Rößel, Allenstein, Osterode, Ortelsburg und Neidenburg Wiederkäuer (Rindvieh, Schafe und Ziegen) bis auf Weiteres noch ausgeschlossen bleiben.

Tilsit, 18. März. Nach zweitägiger Verhandlung wurde der 23 Jahre alte Besitzer Knorr aus Kerkutwetten wegen vorsätzlicher Ermordung seines Schwiegervaters vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurtheilt.

B. Danzig, 18. März. Heute Mittags 12 Uhr wurde der 2. Westpr. Provinziallandtag im Stadtverordneten-Saale durch das älteste Mitglied desselben, Landrath von Weyher-Platow durch ein Hoch auf unseren Allergnädigsten Kaiser und König eröffnet. Demnach hielt der staatliche Commissarius, Regierungs-Vize-Präsident v. Saltwedell die Eröffnungsrede, aus welcher wir folgende Sätze hervorheben: Hochgeehrte Herren! Heute, da sich die Vertreter der Provinz Westpreußen zum ersten Male wieder versammeln, nachdem unser Vaterland durch das tief erschütternde Ereigniß heimgeführt worden ist, daß die beglückte Person unseres hochverehrten und vielgeliebten Monarchen von ruckloser Wüthdrand schwer verletzt und sein theures Leben zweimal von äußerster Gefahr bedroht wurde, fühlen Sie gewiß vor allen Dingen das Bedürfniß, dem Gefühle der Entrüstung und der Trauer darüber Ausdruck zu geben, daß eine so entsetzliche That inmitten des treuen Deutschen und Preussischen Volks hat geschehen können und damit den wärmsten Dank gegen den Allmächtigen zu verbinden, der dennoch die tiefste Schmach und den größten Verlust in Gnaden abgewendet hat, die unser Volk hätte treffen können, indem nicht nur das Leben unseres Kaiserlichen und Königl. Herrn erhalten, sondern ihm auch die volle Gesundheit und Wirkungskraft wiedergegeben ist, durch welche er so unvergleichliche Thaten zum Ruhme und Segen unseres Vaterlandes vollbrachte. Meine Herren! Als sich die Vertreter der Provinz Westpreußen vor einem Jahre zum ersten Male hier versammelten, da galt es, den Grund zu legen, auf welchem sich ein selbständiges provinzielles Leben aufbauen und in dem Zusammenwirken aller seiner Organe und in der Ausstattung seiner einzelnen Institute zum Segen für die neugebildete Provinz und ihre Bewohner nach allen Richtungen hin kräftig entwickeln und besetzen sollte. Sie haben diese Grundlagen in Ihrer vorjährigen Versammlung in treuer und angestrebter Arbeit geschaffen und die von ihnen gewählten ausführenden Organe der provinziellen Selbstverwaltung haben im Laufe des Jahres die neuen Einrichtungen ins Leben geführt und in praktische Anwendung gesetzt. — Die Erfahrungen dieses Jahres haben gewiß die Ueberzeugung liberal befestigt, daß der neugeschaffene Organismus ein gesunder und lebensfähiger sei und daß die Provinzialverwaltung Westpreußens die Aufgaben, die ihr gestellt und die Hoffnungen, die an ihre Wirksamkeit geknüpft sind, wohl zu erfüllen im Stande ist. Auf der anderen Seite hat aber, wie es ja in der Natur der Sache liegt, die praktische Anwendung der von Ihnen geschaffenen Einrichtungen klar an den Tag gelegt, welche Mängel daran zu beseitigen, welche Verbesserungen anzubringen und welche Bedürfnisse zur Förderung des materiellen und geistigen Wohls der Provinz und ihrer Bewohner noch durch die Wirksamkeit der Provinzialverwaltung zu befriedigen sind. Die Beschlußnahme darüber, in welcher Weise und durch welche Mittel dieses Ziel in allmählicher Entwicklung erreicht werden soll, wird die vorzügliche Aufgabe der jetzt vorliegenden Session des Provinziallandtages sein. — Zum Landtags-Präsidenten wählt die Versammlung Conrad-Fronza und zu dessen Stellvertreter Lambert-Thorn.

Der Westpreuss. Provinziallandtag erledigte in seiner gestrigen, zweiten Plenarsitzung, die aus 6 Punkten bestehende Tagesordnung. Zunächst handelte es sich um die Wahl verschiedener Commissionen, dann eine Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Einrichtung einer neuen Wasserleitung und Canalisation bei der Provinzial-Frenkanstalt zu Schwetz, ferner fand die Vorlage des Provinzialauschusses, betreffend die Beschaffung der Mittel zur Deckung der von der Landesbaukasse für den Fonds der Verbesserungsanstalt in Graudenz, der Frenkanstalt Schwetz und der Westpreussischen Landarmenverwaltung pro 1876 und 1877/78 geleisteten Vorschüsse, ihre Erledigung. Die Feststellung der Haupt-Stats für 1879/80 und verschiedener Specialstats wird vorgenommen. Herr Staats-Commissar, Reg.-Vize-Präsident von Saltwedell befragte, daß eine gegen den Landesdirector Dr. Wehr eingegangene Denunciation auf besonderen Wunsch des Herrn Landes-Director an den Herrn Minister zur ressortmäßigen Verfügung abgegeben werde. Aus der Denunciation erhellt, daß dieselbe nur durch Zurhilfenahme der Acten der Provinzialverwaltung habe gefertigt werden können und daher ein rober Vertrauensbruch eines Beamten vorliegen müsse. Selbst, wenn auch die in der Denunciation angeführten Thatfachen sich bestätigen sollten, so seien sie doch derartig, daß dadurch die Ehre des Herrn Dr. Wehr in keiner Weise verletzt oder das Vertrauen zu ihm gemindert erscheinen könne.